

Juli 2015

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



Aktuell

SEITE 6

**Siemens: Beschäftigte
kämpfen wie die Bären**

Arbeit

SEITE 12

**Urlaub: Du hast
ein Recht drauf**

Leben

SEITE 22

**Zu Besuch bei dem
sanften Radikalen**

Bezirk

SEITE 28

metallzeitung

Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 67 | D 4713



**Arbeitende aller Länder,
organisiert
Euch!**



Titelthema

Wo Arbeitnehmerrechte verletzt werden:

-  unregelmäßig
-  Rechte nicht garantiert
-  wiederholt
-  Rechte nicht garantiert wegen des Zusammenbruchs des Rechtsstaats
-  regelmäßig
-  keine Angaben
-  systematisch

Wie Arbeitnehmerrechte häufig verletzt werden:



58

In so viel Prozent der Länder gilt für Beschäftigte kein **Arbeitsrecht**.



44

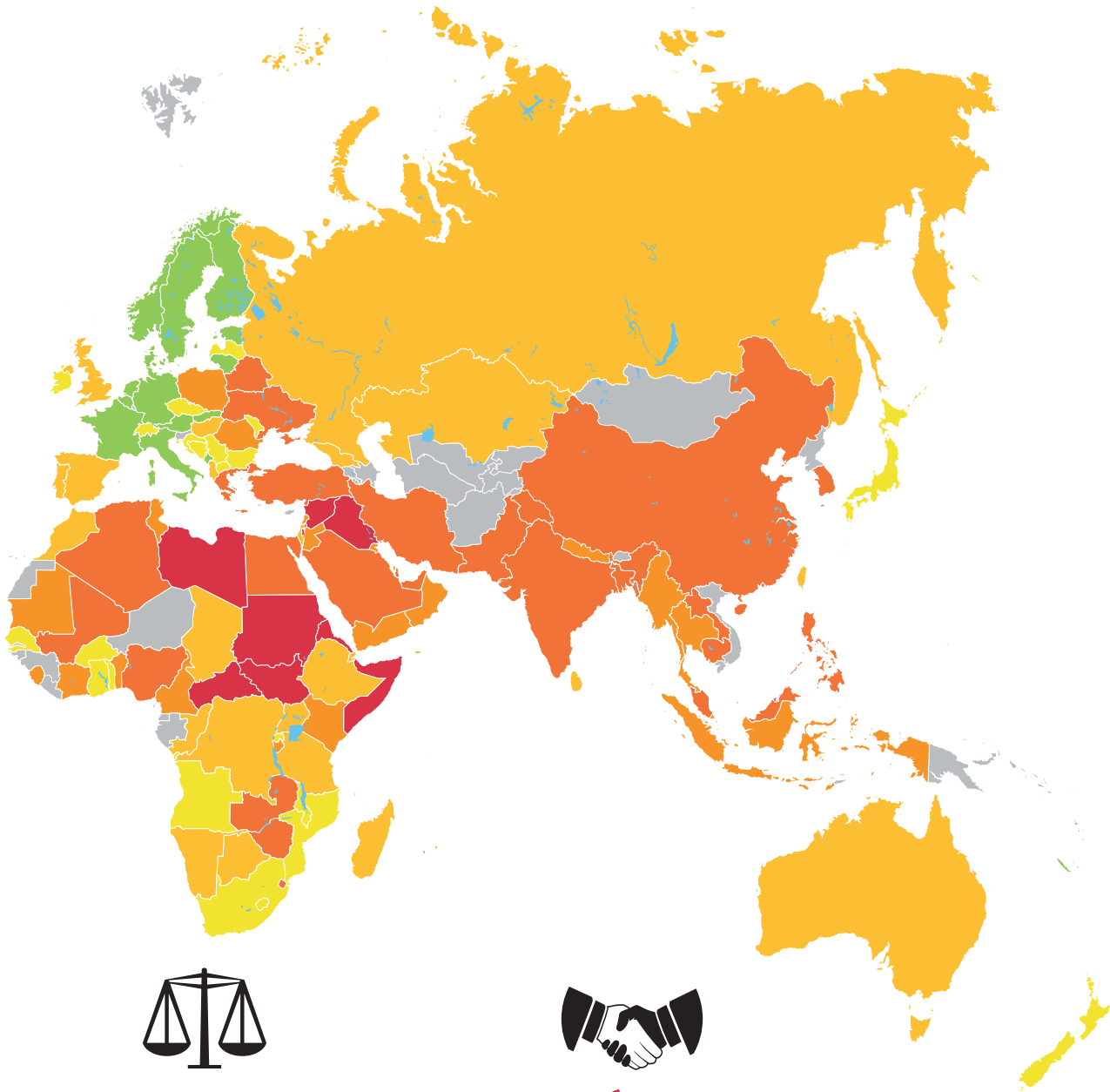
In so viel Prozent der Länder werden Beschäftigte willkürlich verhaftet und inhaftiert.



70

In so viel Prozent der Länder haben Beschäftigte kein **Streikrecht**.

Jeder braucht eine Gewerkschaft



Illustrationen (M): nickylarson974(3), stefaninahl, vantz/alle: panthermedia.net; Weltkarte/Zahlen: Internationaler Gewerkschaftsbund



52

So viel Prozent der Länder
verweigern Beschäftigten den Zugang zu
rechtsstaatlichen Verfahren.



60

So viel Prozent der Länder
verweigern Arbeitnehmern
Tarifverhandlungen.

Quelle: Globaler Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbunds 2015

Arbeit global. Sie arbeiten für Hungerlöhne in Textilbuden in Asien, auf dem Bau in Katar, oft mit Gewalt dazu gezwungen. Wer für seine Rechte kämpft, wird schikaniert oder gar ermordet. Nicht überall auf der Welt geht es so brutal zu, aber die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden vielerorts mit Füßen getreten. Fast die Hälfte der deutschen Industrieunternehmen investiert im Ausland. Arbeit kennt keine nationa-

len Grenzen. Was in anderen Ländern geschieht, hat Einfluss auf die Arbeitswelt hier. Die IG Metall setzt sich für mehr internationale Zusammenarbeit ein. Beschäftigte brauchen Gewerkschaften – überall.

Von Sylvia Koppelberg und Bernd Kupilas

➔ Fortsetzung auf Seite 20

➔ Fortsetzung von Seite 19

Für den Lohn, den Kollegen in Deutschland pro Stunde erhalten, muss Tanaji Munde zwei bis drei Tage arbeiten. Munde ist Leiharbeiter im Siemens-Werk im indischen Kalwa. Tageslohn: 316 Rupien, knapp 4,40 Euro. Davon leben er, seine Mutter, seine Frau und zwei Kinder.

Unternehmen zieht es in Billiglohnländer, um Vorteile im globalen Wettbewerb zu gewinnen. Oft sind es Staaten, in denen Beschäftigte ohne jeden Schutz und Gewerkschaften kaum präsent sind. Durch die niedrigen Standards dort geraten Arbeitsbedingungen und Löhne auch in Deutschland unter Druck – und schwächen die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften.

»Wir wollen die Gewerkschaften an ausländischen Standorten deutscher Unternehmen stärken. Das ist nicht nur im Interesse der Menschen dort, sondern auch der Beschäftigten in Deutschland«, sagt Wolfgang Lemb. Er ist als geschäftsführendes Vorstandsmitglied für die internationale Gewerkschaftsarbeit der IG Metall zuständig.

Die IG Metall versucht, in international operierenden Konzernen gewerkschaftliche Netze zu knüpfen und mit »globalen Rahmenvereinbarungen« soziale Mindeststandards zu sichern.

Das alles ist nicht einfach, aber möglich, wie die folgenden drei Beispiele zeigen.



Polen: Hoffnung für die »Prekariusze«

Das Urteil war ein Paukenschlag: Nein, sagten Polens oberste Richter Anfang Juni, so geht es nicht. Das strenge polnische Gewerkschaftsgesetz verstößt gegen die Verfassung, urteilte der Verfassungsgerichtshof in Warschau. Mit weitreichenden Folgen: Künftig können auch prekär Beschäftigte einer Gewerkschaft beitreten. Bislang durften das nur Festangestellte. Gewerkschafter sein – das war in Polen zweieinhalb Jahrzehnte lang den Stammbeschäftigten vorenthalten. Leiharbeiter, Werkvertragsarbeitnehmer, Scheinselbstständige und Beschäftigte mit Zeitverträgen mussten draußen bleiben.

Dabei greifen gerade in Polen prekäre Verhältnisse um sich wie in kaum einem anderen europäischen Land. Polen ist in der Europäischen Union Spitzenreiter bei Zeitverträgen: 31 Prozent der Beschäftigten arbeiten zeitlich befristet. Werkverträge grassieren besonders schlimm unter jungen Leuten: Rund die Hälfte der Menschen unter 24 Jahren arbeiten unter einem »zivilrechtlichen Beschäftigungsverhältnis«, wie Werkverträge in Polen offiziell heißen. Der Volksmund nennt sie treffend »Müll-Verträge«.

Leichtes Spiel. Mit dem Urteil der Verfassungsrichter keimt Hoffnung für Polens prekär Beschäftigte, die »Prekariusze«, auf. Experten erwarten, dass die Gewerkschaften neuen Zulauf erhalten. Und damit mehr Schlagkraft – eine wichtige Voraussetzung, um die Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Denn der Organisationsgrad ist gering. Es gibt drei verschiedene Gewerkschaftsverbände und unzählige kleinste Betriebsgewerkschaften, die oft nur ein paar Handvoll Mitglieder haben.

Unter solchen Voraussetzungen haben Firmen ein leichtes Spiel, die sich mit Dumpinglöhnen und miesen Arbeitsbedingungen, mit »Schmutzkonkurrenz«, Wettbewerbsvorteile verschaffen wollen – auf Kosten einheimischer Beschäftigter und ihrer Kollegen in Nachbarländern, deren Firmen mit Verlagerung in Billiglohnländer drohen. Schlagkraft entwickeln – das ist deshalb auch das Ziel der IG Metall und ihrer beiden polnischen Partner, den Metallern in den Dachverbänden Solidarność und Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband (OPZZ). »Wir brauchen starke Partnergewerkschaften gerade in Polen«, sagt Olivier Höbel, Leiter des IG Metall-Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen.

Viele deutsche Unternehmen, vor allem der Automobilindustrie, investieren in grenz-

nahen Regionen und in Schlesien. Rund 900 multinationale Zulieferer sind in Polen angesiedelt, 41 Prozent ihrer Exporte gehen nach Deutschland.

Seit vielen Jahren gibt es deshalb enge Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Metallern. Bei Volkswagen arbeiten die polnischen Kolleginnen und Kollegen aus den Werken in Posen und Polkwitz im Weltkonzernbetriebsrat mit. Die Opelner aus Gleiwitz sind im Europäischen Betriebsrat eingebunden. Es passiert schon einiges. Mehr ist möglich. Gerade nach dem jüngsten Gerichtsurteil.



Kambodscha: Eisenstangen gegen Textilarbeiter

Sie nähen unsere T-Shirts, Hosen und Kleider und bekommen ein paar lausige Pennies dafür. Kambodschas Textilarbeiterinnen und -arbeiter verdienen im Monat umgerechnet 114 Euro. Das ist der Mindestlohn. Und den mussten die Gewerkschaften erst erkämpfen. Vorher lag er bei 89 Euro. Die Gewerkschaften fordern 158 Euro. 178 Euro bräuchte es in dem asiatischen Land, um einigermaßen überleben zu können.

Es gab schon Tote. Als vor eineinhalb Jahren die Proteste begannen, schoss die Polizei scharf auf die Streikenden. Fünf Arbeiter starben. Trotzdem gaben die Protestierenden nicht auf. Immer wieder kommt es zu Gewalt. Einer ge-

1 Polen Rund 150 000 Menschen protestierten im September 2013 in Warschau gegen die Sozialpolitik der Regierung. Sie forderten unter anderem höhere Mindestlöhne und die Abschaffung von Kettenverträgen. Es war die größte Gewerkschaftsdemo seit 1989.

2 Kambodscha Hunderttausende Textilarbeiterinnen und -arbeiter demonstrierten im Dezember 2013 in Phnom Penh für höhere Löhne. Der monatliche Mindestlohn beträgt jetzt umgerechnet 114 Euro. Um zu überleben, wären mindestens 178 Euro nötig.

3 USA Ein Arbeiter fertigt für den deutschen Autozulieferer ZF Automatikgetriebe. ZF hat im neuen Werk in Gray Court in South Carolina 1200 Stellen geschaffen. Gewerkschaften sollen draußen bleiben – dafür kämpfen konservative Politiker mit aller Macht.

Fotos: Rafal Guz/EPA/dpa/pa, Heng Simithi/AP/pa, ZF

wählten Gewerkschaftsführerin schlugen Unbekannte mit einer Eisenstange auf den Kopf. »So etwas passiert ständig«, sagt Monika Kemperle, stellvertretende Generalsekretärin von IndustriAll Global, einem internationalen Zusammenschluss von Gewerkschaften, in dem auch die IG Metall aktiv ist. »Mal werden Gewerkschafter entlassen, dann bedroht oder angegriffen.«

Gute Mode. Nun will Kambodschas autoritäre Regierung die Rechte von Gewerkschaften per Gesetz einschränken. Es sieht vor, dass die Regierung eine Gewerkschaft »suspendieren« kann, wenn ihr eine Aktion nicht passt, zum Beispiel bei Streiks. Aktionen von Gewerkschaften wären fortan rechtswidrig. Sie sollen künftig auch erst aktiv werden können, wenn sie mindestens 20 Prozent der Beschäftigten hinter sich haben. Kontakte zu Nichtregierungsorganisationen sollen nur erlaubt sein, wenn diese in Kambodscha offiziell registriert sind.

»Das Gesetz ist ein Rückschritt«, sagt Kemperle. »Wir bräuchten ein Gesetz, dass die Rechte sichert, nicht einschränkt.« IndustriAll Global macht Druck auf die großen internationalen Modefirmen, damit sie mehr zahlen für Textilien aus Kambodscha. Pro T-Shirt macht das höchstens ein paar Cents aus. Acht große Modeketten haben sich dazu auch schon bereit erklärt. Auch aus Eigeninteresse. Denn: Mit Eisenstangen und Paragrafen gegen wehrlose Arbeiter – wer will Textilien tragen, die unter solchen Bedingungen hergestellt werden?



USA: »Wir treten sie jeden Tag«

Nikki Haley ist Gouverneurin im US-Bundesstaat South Carolina und trägt gern Stöckelschuhe. »Nicht aus modischen Gründen«, sagt die konservative Politikerin. Nein, damit sie die Gewerkschaften kräftig treten kann. »Wir treten sie jeden Tag, und wir werden sie weiterhin treten.«

Willkommen in Amerika, in den USA, dem Land der begrenzten Möglichkeiten für Gewerkschaften! In kaum einer anderen Demokratie der Welt werden sie so aggressiv angefeindet, gegängelt, bekämpft und behindert wie hier. Besonders in den Südstaaten. Und ganz extrem in Haleys Heimat South Carolina. Dort musste jüngst die Gewerkschaft der Maschinisten eine Kampagne im Werk des Flugzeugbauers Boeing abbrechen. Gewerkschafter waren bei Hausbesuchen mit der Waffe bedroht worden.

Das Klima ist vergiftet. Verantwortlich dafür ist Nikki Haley. Sie ist die neue Frontfrau der Anti-Gewerkschaftslobby. »Wir brauchen keine Gewerkschaften. Und wir wollen keine Gewerkschaften«, sagt sie. Und wenn ein Unternehmen käme, das schon gewerkschaftlich organisiert ist? Wenn etwa einer der amerikanischen Autokonzerne Ford, General Motors oder Chrysler ein Werk bauen wollte in ihrem schönen South Carolina? Nein, danke, sagt Haley, dann verzichtet sie lieber auf die Ar-

beitsplätze. Gewerkschaften in South Carolina »würden das Wasser verschmutzen«. Niedrige Löhne und keine Gewerkschaften – das sind die Standortvorteile ihres Heimatstaats.

Längst sind die Südstaaten so zu einem wichtigen globalen Standort der Automobilproduktion geworden. In Scharen lassen sich auch deutsche Autohersteller und -zulieferer dort nieder. Daimler will den Kleintransporter Sprinter künftig in South Carolina produzieren. BMW baut seine Fabrik in Spartanburg in South Carolina zum größten Standort weltweit aus. Continental investierte eine halbe Milliarde Euro in eine Reifenfabrik – zur Eröffnung kam Gouverneurin Haley und stand auf hohen Absätzen an der Seite des deutschen Botschafters. Zu den namhaften deutschen Investoren in den Südstaaten gehören Schaeffler, Bosch, Mahle und viele Mittelständler.

Deutsche Hilfe. Die IG Metall unterstützt amerikanische Beschäftigte, die Gewerkschaften in die Betriebe bringen wollen. »Das liegt auch im Interesse der IG Metall«, sagt Horst Mund, Leiter Internationales bei der IG Metall. »Nur so lässt sich gute Arbeit in Deutschland sichern.« Die IG Metall engagiert sich dabei für die amerikanische Autogewerkschaft United Auto Workers (UAW). Im VW-Werk in Chattanooga in Tennessee hat die UAW mittlerweile 55 Prozent der Arbeiter hinter sich – trotz des scharfen Gegenwinds. Horst Mund sagt: »Wir lassen uns nicht treten.« ■

